

Inhalt

Kollaps des Finanzsystems 1
Krieg im Kaukasus: Russland betätigt sich als Ordnungsmacht und stellt damit die NATO-Weltordnung in Frage 3

Was der Kollaps des Finanzsystems über den Reichtum der kapitalistischen Nationen lehrt

Jetzt, wo die weltgrößten Banken zusammenbrechen und sich über Nacht Vermögenswerte von vielen Milliarden in Luft auflösen, machen sich Politiker, Wirtschaftsfachleute und Journalisten Sorgen um die Wirkungen dieser Zusammenbrüche auf so etwas wie die „Realwirtschaft“. Das ist bemerkenswert, denn bis vor kurzem hat der Unterschied zwischen Börsenkursen und Bankrenditen einerseits und dem Reichtum, der aus Produktion und Verkauf von nützlichen Dingen hervorgeht, andererseits, niemanden groß interessiert. Sogar dem einfachen Volk, das keine Aktien besitzt, wird in den Abendnachrichten der Stand der Börsenkurse bekanntgemacht, die unmittelbar als Auskunft darüber verstanden werden sollen, wie es um „die Wirtschaft“ steht. Wenn die Laune der Börsianer gut gewesen und die Börsenkapitalisierung der DAX-Unternehmen wieder einmal gewachsen ist, dann ist – wie auch immer – der Reichtum größer geworden, von dem „wir alle“ leben. Weil Banken nun aber krachen und die Finanzakkumulation nicht mehr funktioniert – und vermutlich so lange, wie sie nicht wieder in Gang kommt –, kennt die Fachwelt den Unterschied zwischen spekulativen Vermögenstiteln und wirklichem Reichtum, der in der „Realwirtschaft“ durch Arbeit erzeugt wird.

Gleichwohl plädiert keiner der Experten dafür, sich auf die Produktion wirklichen Reichtums zu konzentrieren und die Finanzhäuser mit ihrer spekulativen Geldvermehrung gestrost vor die Hunde gehen zu lassen. Das ist in einer kapitalistischen Nation jenseits aller Vorstellung. Gerade in dem Augenblick, in dem der Finanzzauber auffliegt, machen sich die Zuständigen größte Sorgen um den Dienst, den das Kreditwesen der Realwirtschaft leisten soll. Im Namen dieses Dienstes beschuldigen sie die Akteure an den Finanzmärkten, alles verkehrt gemacht zu haben. Lächerlich, wie die Liebhaber eines potenten Finanzsektors auf einmal Gier bei den jahrelang hochgejubelten Bankern entdecken, wie sie, die sonst Risiko und Risikobereitschaft als Vorzug des kapitalistischen Wirtschaftssystems loben, nun maßlose Risiken kritisieren, die die für gigantische Renditen bewunderten Investmentbanken eingegangen seien und wohl selbst nicht mehr durchschaut hätten.

Dabei haben die Investoren und Verwalter der großen Geldvermögen überhaupt nichts falsch und auch nichts entscheidend anders gemacht als immer schon. Sie haben das Wachstum ihrer Branche und damit ihre Bereicherung mit einer Sorte Geschäft auf immer neue Höhen getrieben, das von seinem grundsoliden Ausgangspunkt an spekulativ ist.

Geschäft mit dem Geld-Verleihen

Banken machen dasselbe wie alle kapitalistischen Unternehmer: Sie machen aus Geld mehr Geld – das allerdings ohne den Umweg über Produktion und Verkauf von Gütern, den andere für dasselbe Ziel nehmen müssen. Zur Schaffung des *materiellen* Reichtums tragen die Geldhäuser nichts bei. Sie verleihen Geld – und vermehren es durch eine Vereinbarung mit ihrem Kreditnehmer: Der muss es ihnen nach einer vereinbarten Frist mit Zinsen zurückerzahlen. Dabei ist es den Banken sogar gleichgültig, ob ihr Kunde das geliehene Geld als Kapital investiert und dadurch Überschüsse erwirtschaftet oder ob er damit ein Verlustgeschäft macht. Seine vertragliche Rückzahlungspflicht gilt unbeding; seine tatsächliche Fähigkeit dazu hängt jedoch davon ab, ob er sich das erforderliche Geld bis zur Fälligkeit beschaffen kann. Diesen Umstand ignoriert das Kreditverhältnis: Es tut so – und wenn es klappt, ist es für die Bank ja auch so –, als ob sich das Geld im Maß der erreichenden Zeit automatisch vermehrt: In ihrer Hand ist Geld unmittelbar Kapital – aber nur dadurch, dass sie auf eine Geldvermehrung spekuliert, die andere betreiben und die sie nicht in der Hand hat.

Das Geschäft mit Kredit beruht also durchaus darauf, dass er für kapitalistische Geldvermehrung eingesetzt wird. Im Zins eignet sich die Bank einen Teil des in Produktion und Handel erwirtschafteten Überschusses an. Ihre Macht, vom Kreditnehmer mehr Geld zurückzufordern, als sie ihm gibt, gründet darauf, dass sie ihn instand setzt, Profit mit Kapital zu machen, und zwar mit Kapital, das ihm gar nicht gehört. Er zahlt den Tribut, weil er mit geliehenem Kapital mehr Gewinn machen kann als nur mit eigenem, was auf Seiten des produktiven Kapitalisten durchaus auch eine Spekulation ist, nämlich auf künftige Erträge, die den aufgenommenen Kredit rechtfertigen und aus denen er sich bezahlen lässt.

Für die Kapitalisten in Industrie (und Handel) ist die entscheidende Bedingung des Gewinnmachens die Größe der verfügbaren Kapitalgröße. Das hat seinen Grund darin, dass sie sich um die *wirkliche* Quelle des materiellen Reichtums keine Sorgen machen müssen – die funktioniert nämlich zuverlässig. Es sind die Arbeiter, welche die nützlichen Dinge schaffen, die mit Gewinn zu verkaufen sind. Und deren Willen und Bereitschaft sind in einem geordneten Kapitalismus eine Selbstverständlichkeit: Arbeitskräfte gibt es in den Berufen aller Bildungsniveaus reichlich bis überreichlich

→Fortsetzung Seite 2

GEGENSTANDPUNKT & Diskussion Wenn Banken krachen...

Leistung, Funktionsweise und Zusammenbruch des Finanzkapitals

In der letzten Septemberwoche erklärt die US-Regierung ihre Absicht, nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers keine weitere große Bank mehr scheitern zu lassen. Dafür will der Finanzminister den Banken für 700 Milliarden Dollar ihre wertlosen Wertpapiere abkaufen und sie so mit frischem Geld versorgen. Das Rettungspaket löst im US-Kongress und in der Öffentlichkeit heftige Kontroversen aus: Man bemerkt die Vorzugsbehandlung, die das Spekulationsgewerbe genießt, und fragt kritisch, ob es denn Aufgabe des Staates sei, die „Zocker“ der Investmentbanken mit „dem Geld der Steuerzahler“ herauszuhauen und gescheiterten Spekulanten das Vermögen zu retten. Linke Demonstranten und rechte Republikaner protestieren gegen den „Wall-Street-Sozialismus“: „No bail out!“

Mit Beginn Oktober ist die Debatte erledigt. Ob der Staat die Spekulanten retten soll, ist überrundet durch eine fundamentalere Erkenntnis: Er muss – Gerechtigkeit hin oder her! Denn an zusammenbrechenden Banken hängt das Bankensystem und an dem die ganze Wirtschaft und ihre Konjunktur. Von der Gesundheit des Spekulationsgewerbes leben nicht nur Rendite und Wachstumsrate des Finanzkapitals, von ihm lebt offenbar das Geldverdienen der gesamten Gesellschaft: Wenn die Unternehmen Kredit nicht mehr bekommen können, wenn sie Investitionen und andere Erfordernisse ihres Geschäfts nicht vorfinanzieren können, können sie überhaupt kein gewinnbringendes Geschäft machen. Und wenn deren Bereicherung nicht klappt, dann fällt auch der „Segen“ aus, den ein florierender Kapitalismus für die Massen bereithält: Arbeit! Tatsächlich: Wenn es den Jongleuren an den Börsen und in den Bankpalästen nicht gelingt, ihre Einsätze rentabel zu vermehren, gibt es für die Eigentumslosen im Land keine Gelegenheiten, sich durch den Dienst an fremdem Reichtum einen Lebensunterhalt zu verdienen.

Damit nicht genug. Mit einem Schlag kommt öffentlich zu Bewusstsein, dass auch das schon verdiente und zurückgelegte Geld – keineswegs nur das der Reichen – auf dem Spiel steht. Das Ersparte existiert gar nicht anders als in Form gefährdeter Bankguthaben und Wertpapiere, deren Geldwert sich mit dem Zusammenbruch der Emittenten in Luft auflöst. Die private Altersvorsorge, die Lebensversicherung – alles ist weg, wenn die Banken und Versicherungsgesellschaften, die es eingesammelt und in spekulative Investments gesteckt haben, Pleite gehen.

Noch eine Woche später weicht die Auffassung, dass der Staat die Banken retten muss, den Zweifeln, ob er das überhaupt kann. Täglich treten Staats- und Regierungschefs, Finanzminister sowie Notenbankchefs vor die Presse und verkünden neueste Staatshilfen zur Stabilisierung des Finanzsektors. Inzwischen garantiert die Obrigkeit fast überall unbegrenzt die Spareinlagen, europaweit will man keine wichtige Bank mehr krachen lassen, weltweit senken Zentralbanken die Zinsen, um den Privatbanken das Gewinne-Machen zu erleichtern und Kredit geben sie ihnen sowieso ohne Ende. Nach jeder Ankündigung wartet alles gespannt auf die Öffnung der Börsen am nächsten Morgen: Honorieren die Anleger den Schritt, schenken sie den Garantien Glauben und setzen sie wieder Vertrauen ins Spekulieren – oder bringt das alles nichts und der Staat muss mit Hilfen und Garantien noch weiter gehen? Wie zum Beispiel die britische Regierung. Sie gibt es auf, die bankrotten Institute mit Kredit über Wasser zu halten, und nimmt sie gleich unter Staatsregie, um ihre Funktion aufrecht zu erhalten.

Langsam kommt die Frage auf, ob sich die Staaten die Garantie und Übernahme all der schlechten Schulden denn leisten können. Den einen, dem kleinen Island etwa, steht der Staatsbankrott ins Haus, größere Staaten drohen gerade durch ihre Rettungsaktionen die Stabilität ihrer Währung zu ruinieren, das Wort Währungsreform wird wiederentdeckt. Nicht nur der Wert des Geldes, das auf dem Bankkonto liegt, sondern auch der Wert der Geldscheine, die im Geldbeutel ihrer Besitzer stecken, hängt davon ab, dass der Staat, der es herausgibt, über einen funktionierenden Bankensektor verfügt.

Der Herbst 2008 ist wie ein Crashkurs zur Frage, was es heißt, im Kapitalismus zu leben. Schlechterdings alles – Arbeiten, Kaufen, Leben und Überleben – ist eine abhängige Variable des Finanzgeschäfts. Wenn Börsianer und Bankiers mit ihrer Bereicherung scheitern, dann scheitert alles: Wer Eigentum hat, ist schlagartig enteignet; wer außer seiner Arbeitskraft und ein paar bescheidenen Ersparnissen nichts besitzt, stürzt ins Elend.

Das Volk wird von den Medien mit Nachrichten aus der Welt der „Reichen und Geringen“ und über die „großen Mühen“ beliefert, die sich die Mächtigen der kapitalistischen Nationen geben, die Finanzkrise zu „bewältigen“. So wird es beschäftigt, mit Hoffen und Bangen die Rettung des Finanzsystems zu begleiten, damit die Absurdität weitergehen kann, dass sein Überleben vom Florieren des Finanzkapitals abhängt.

Vortrag mit Diskussion

Referent: Dr. Theo Wentzke

Tübingen, Mittwoch, 5.11.2008,

Neue Aula, Wilhelmstr. 7, HS 2, 19.00 Uhr c.t.

Freiburg, Donnerstag, 6.11.2008, jos-fritz-café,

Wilhelmstr. 15/1, 20 Uhr

Stuttgart, Donnerstag, 27.11.2008, Altes Feuerwehrhaus Süd,

Möhringer Str. 56 (E.-Schoettle-Platz), 19:30 Uhr

„Finanzsystem...“ (Fortsetzung)

und billig, und sie stehen so selbstverständlich zur Verfügung, dass sich kein Kapitalist von ihnen mehr abhängig sieht; er kalkuliert sie locker als einen Produktionsfaktor neben Rohmaterial und Betriebsstoffen.

das ihre Eigentümer aus Privatvermögen eingebracht haben, und dann warten müssten, bis es mit Zinsen zu ihnen zurückfließt. Wie ihre Kreditnehmer „arbeitet“ auch die Bank mit Geld, das ihr nicht gehört. Sie leiht es sich beim Publikum, indem sie Einlagen einwirbt und für Sparbücher, Festgeld, manchmal auch



Das Narrenschiff und sein unsinkbarer Refrain

Unter solchen Umständen hängt die Fähigkeit zur Gewinnerwirtschaftung tatsächlich nur noch ab von der Macht des Geldes. Wer sich die erforderlichen Produktionsmittel beschaffen, den nötigen Kapitalvorschuss leisten, wer Mittel auch für Phasen von Forschung und Entwicklung vorstrecken und technische Innovationen bezahlen kann, die die Anlagen der Konkurrenten übertreffen und entwerten, der macht das Geschäft. Ob und in welchem Maß eine Firma oder eine Nation auf ihrem Standort die Profitmacherei in Gang setzen, welche Waffen der Konkurrenz sie einsetzen kann, alles entscheidet sich an der Verfügung über die nötige Menge Kapital. So kommt der absurde, in sich unerklärliche Schein zustande, das Geld selbst sei die Quelle seiner Vermehrung – als sei Geld ohne weiteres und aus sich selbst heraus Kapital.

Die Vergrößerung des Kapitals, mit der ein industrieller Kapitalist die Konkurrenten übertrumpfen kann, ist beschränkt durch den in der Vergangenheit akkumulierten und erst nach dem Verkauf der Produkte investierbaren Gewinn. Über diese Schranke hilft die Bank hinweg, indem sie Kredit, also zusätzliches Kapital zur Verfügung stellt und so natürlich auch den für alle Kapitalisten gültigen Erfolgsmaßstab nach oben schraubt. Das ist ihr *Dienst* an der industriellen und merkantilen Profitmacherei – und darin gründet die Macht der Bank, sich an den Zuwächsen zu beteiligen, die andere aus ihren Arbeitskräften herausholen.

Akkumulation des Finanzkapitals

Freilich, der Profitmacherei mit der Lohnarbeit einen Dienst zu leisten, ist nicht der Zweck der Bank. Sie dient nicht der Realwirtschaft, sondern nutzt – wie jedes kapitalistische Unternehmen – den Bedarf anderer aus, um daraus für sich ein Plus zu machen. Die kapitalistische Realwirtschaft und das ganze Produzieren und Konsumieren der Gesellschaft, das daran hängt, ist für das Finanzkapital *Mittel seiner Selbstverwertung* – und das keineswegs nur in der beschränkten Perspektive der Finanzmagnaten selbst, sondern objektiv: Die Banken entscheiden darüber, welche Firma Kredit bekommt, damit also über die nötigen Waffen der Konkurrenz verfügt, und sie entscheiden, welche keinen Kredit bekommen, wessen Schulden prolongiert werden, welcher säumige Schuldner dagegen Konkurs anmelden muss. Deshalb sind sie die wirtschaftlichen Machtzentren, die den Gang des Kapitalismus bestimmen.

Ihr vom Staat verliehenes Recht, das ihnen zur Verfügung stehende Geld direkt in Kapital zu verwandeln, d. h. es allein durch Verleihen und Zurückfordern zu vermehren, nutzen Banken, so gut sie können. Dabei kämen sie nicht weit, wenn sie (nur) das Geld verliehen,

für Girokonten, Zinsen verspricht. Sie beschafft sich Verfügung über fremdes Geld, um ihrerseits gegen höhere Zinsen anderen Verfügung über fremdes Geld zu gewähren.

Auf diese Weise trennt die Bank das *Eigentum* an Geld von der *Verfügung* darüber und macht einen doppelten Gebrauch vom Geld. Von ihrem Gläubiger bzw. Kreditgeber, dem Inhaber eines Kontos bei ihr, nimmt sie Geld und verleiht es weiter. Das Eigentumsrecht bleibt beim Kreditgeber, das Geld selbst wandert zum Kreditnehmer, dem Schuldner der Bank, der damit wie mit eigenem Geld umgehen kann. Den Einlegern verspricht die Bank gleichwohl die jederzeitige oder an Fristen gebundene Verfügung über das eingelegte Geld, das sie gar nicht mehr hat – und das sie erst in irgendeiner Zukunft und dann abhängig von Geschäftserfolg und Solvenz ihres Schuldners wieder zurückzubekommen hofft. Das ist die zweite Stufe der Spekulation.

Gleichgültig, wie sie dieses Kunststück im einzelnen hinbekommt – sie praktiziert es nicht nur im Verhältnis zu ihren Einlegern, sondern auch zu sich selbst: Wegegebenes Geld, das sie bis zur Rückzahlung, die fraglich ist, nicht hat, betrachtet sie als Vermögenswerte, die sie hat, und führt sie als „Aktiva“ in ihren Büchern. Ihre Anspruchstitel auf Verzinsung und künftige Rückzahlung lässt sie aber keineswegs in ihren Büchern herumliegen, um untätig auf die Tilgung zu warten. Sie behandelt die Schulden ihrer Kreditnehmer als „Assets“, als zinstragendes Kapital, das sie mit Gewinn an andere Geldanleger weiterverkauft oder zur Grundlage eigener neuer Kreditaufnahme macht, um ohne neues eigenes Kapital denselben Kreisverkehr der Verdopplung des Geldvermögens immer wieder und auf immer größerer Stufenleiter zu eröffnen.

*

Zwischenfazit

Der 1. Teil dieser Analyse hat die Grundlage des Bankgeschäfts erläutert. Die Bank stellt Kapitalisten Geld zur Verfügung, mit dem diese mehr Geschäft machen können, als es ihnen möglich wäre, wenn sie nur über ihr eigenes Kapital verfügen könnten. Die Bank bereichert sich über die Angewiesenheit aller Unternehmen auf fremdes Geld zur Ausweitung ihres Geschäfts und zur Beschleunigung des Umschlags ihres Kapitals, indem sie ihren Schuldnern Zinsen abverlangt. Darüber hinaus behandelt sie die Forderungen, die sie ihren Schuldnern gegenüber hat, gleich wieder als Geschäftsmittel: Sie werden ihrerseits wieder verkauft, beliehen und zur Grundlage weiterer Finanz-„Produkte“, mit denen sich die Bank immer neue Geschäftsfelder und Bereicherungsquellen erschließt.

*

Die Zahlungsfähigkeit, die Banken und Finanzhäuser durch die Verwendung fremder Schulden als verkäufliche oder beleihbare Vermögenswerte erschaffen, verwenden sie selbstverständlich nicht nur und auch nicht überwiegend zur Kreditierung der Wachstums- und Konkurrenzbedürfnisse ihrer Kunden aus der „Realwirtschaft“, sondern legen sie in allem an, was ihnen Zuwachs verspricht: in Aktien, Rohstoffe, edle Metalle und auch in zinstragende Wertpapiere, die andere Banken auf den Markt bringen. Damit befreit das Finanzkapital sein Wachstum und seine Rendite von den beschränkten Wachstumsbedürfnissen und Wachstumsgelegenheiten, die Industrie und Handel ihm bieten. Von einem *Dienst* des Finanzsektors an der Realwirtschaft ist da nichts mehr zu sehen: Diese Abteilung Kapital, auf die es für den Rest der kapitalistischen Wirtschaft so entscheidend ankommt, nutzt schlicht ihre Sonderstellung und akkumuliert aus sich selbst heraus. Sie radikalisiert ihre Fähigkeit, Geld ohne Umweg als Kapital zu nutzen, noch einmal. Dabei nutzt sie gar nicht wirkliches, vorhandenes Geld, sondern versprochenes, erwartetes Geld – Kredit eben –, also Geld, das sie nicht hat, als sich verwertendes Kapital. Die eine Bank beschafft sich Zahlungsfähigkeit, indem sie Kredit bei anderen Banken nimmt, und zwar derart, dass sie ihnen Wertpapiere, verzinsten Rückzahlungsversprechen, verkauft, die sie auf die Erwartung herausgibt, dass sich der bisherige Erfolg ihres Geschäfts in alle Zukunft fortsetzt. Und sie gibt anderen Banken Kredit, indem sie von ihnen emittierte Wertpapiere kauft. In diesem

Kreditzirkel

kreieren die Finanzhäuser immer neue Investitionsmöglichkeiten und zugleich die Investitionsmittel, die es braucht, um die Gelegenheiten wahrzunehmen. Sie geben einander und nehmen voneinander Kredit, schreiben sich dadurch immer größere Vermögen gut und zahlen und kassieren darauf immer mehr Zinsen und ähnliche Erträge. Würde das zwischen zwei Abteilungen *einer* Bank veranaltet und sich die Bank damit reich rechnen, wäre es Schwindel. Sind die wechselseitigen Wertpapierkäufer und -emittenten mehrere Geschäftsbanken, handelt es sich bei dem Kreditgebirge, das der Bankensektor errichtet, um ein ehrenwertes Geschäft: Das Kreditssystem kreditiert sich selbst.

Das geht – so lange nämlich, wie die Anleger, also im Wesentlichen die Banken selbst, mitsamt ihren Investment- und Hedgefonds, mit den Geldvermögen, die sie sich gutschreiben und auf den Finanzmärkten immerzu umschlagen, nichts anderes anstellen wollen, als sie schleunigst wieder in profitable Anlagen zu investieren. Sobald aber, angestoßen wodurch auch immer, Zweifel an der endlosen Fortsetzbarkeit dieser Spirale aufkommen; wenn nicht nur einzelne, sondern viele Anleger nicht mehr immer neue Wertpapiere, sondern das Geld sehen wollen, das die Papiere immerzu bloß versprechen, dann wird schnell deutlich, dass *keine* Bank das Geld hat und zurückzahlen kann, das sie ihren Gläubigern schuldet und verspricht. Das heißt dann „*mangelnde Liquidität*“: Die Banken glauben einander nicht mehr, dass ihre auf vielen Zetteln aufgedruckten verzinsten Rückzahlungsversprechen solide sind und verweigern einander den für die Fortsetzung der Kreditspirale notwendigen Kredit.

Die Kettenreaktion, die droht, wenn eine Großbank zusammenkracht, ist eine schöne Probe aufs Exempel: Warum kann die Pleite der deutschen Hypo-Real-Estate-Bank den ganzen nationalen Finanzplatz mitreißen? Warum hat der Zusammenbruch eines Wallstreet-Hauses wie Lehman Brothers die Potenz, das Weltfinanzsystem zu zerstören? Eben weil die *Vermögen* der Banken ganz überwiegend aus *Schulden anderer Banken* bestehen. Wenn eine ihre Schulden nicht mehr bedienen kann, dann geraten alle andern Banken in den Verdacht, dass sie in ihren Bilanzen ebenfalls diese wertlos gewordenen Titel stehen haben. Ihre Kreditwürdigkeit schwindet dahin, weil sie ihre Grundlage ja in Vermögen hat, das

aus möglicherweise haltlos gewordenen Zahlungsverprechen von Konkurrenten besteht. Das beweist immerhin eines: In einem entwickelten Finanzsystem machen Banken ihr Geschäft nicht mit Geld, das sie haben oder sich leihen, sondern mit dem Kredit, den sie als die großen Zentren der Geldmacht genießen. Ihr Geschäftsmittel ist das Vertrauen ihrer Konkurrenten und darüber des breiten Publikums darauf, dass sie immer zahlen können, wenn sie müssen. Sie genießen nicht das Vertrauen, weil sie zahlen können, sondern sie können zahlen, weil und solange sie dieses Vertrauen besitzen.

Dass sich da periodisch Misstrauen einstellt, ist nur zu berechtigt. Schließlich bestehen die Vermögenswerte, die in gigantischem Ausmaß geschaffen und akkumuliert werden, nicht in wirklichem Geld, dem allgemeinen Zugriffsmittel auf den produzierten Reichtum, sondern in *Versprechen auf zukünftige Zahlung* von Geld. Solange das Vertrauen in die spätere Zahlung intakt ist, sind die Schuldtitel bei Bedarf zu Geld zu machen – so lange sind sie also *geldgleiche Wertpapiere*. Ist dieses Vertrauen in die künftige Zahlungsfähigkeit des Emittenten dahin, sinkt der Wert der von ihm herausgegebenen Papiere gegen Null. Da das eigene Vertrauen der Anleger aber der einzige Grund dafür ist, dass sie Vertrauen haben können, kippt dieser Zirkel immer wieder einmal in sein Gegenteil. Anlässe dafür gibt es genug. Das müssen nicht, können aber auch misslungene Geschäfte in der Realwirtschaft sein. Im Umkippen des Vertrauens und im verzweifelten Versuch, Schuldbriefe – auch unter Verlust – noch zu Geld zu machen, wird offenbar: Die Finanzvermögen sind nicht der wirkliche kapitalistische Geldreichtum, der sie sein wollen und als der sie an den Börsen gehandelt und bezahlt werden, sondern nichts als spekulative Vorwegnahmen, Anspruchstitel auf künftigen Reichtum, den es – wie man dann bemerkt – nicht gibt. Sobald überhaupt die Frage aufkommt, ob Geld, das die Wertpapiere versprechen, wirklich vorhanden ist, erweist sich das durch Arbeit und Ausbeutung geschaffene und vermehrte Geld immer als viel zu wenig. Solche Zusammenbrüche der spekulativ geschaffenen Reichtümer sind nicht neu. Wenn sie gegenwärtig heftiger ausfallen als meistens, wenn nicht nur dieser oder jener

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

3-08

Das Finanzkapital

I. Die Basis des Kreditwesens: Von der Kunst des Geldverleiheins

Anmerkungen zur Krise '08

„Entgeltrahmenabkommen“ (ERA) – ein neuer Manteltarifvertrag für die Metallindustrie: Lohngerechtigkeit heute

Staatskrise in der Türkei: Nationalisten zerlegen ihren Staat

Konflikt im Südkaukasus
Russland auf dem Weg in die „Selbstisolation“

Der Armutsbericht: „Viel Lärm um nichts“ · DER SPIEGEL zum Anstieg der Rohstoffpreise und der Rolle der Spekulation · Nach dem „Nein“ zum Vertrag von Lissabon: „Ein Lob den Iren“ (J. Habermas) · Bild am Sonntag: Der geistige Nährstoff für die deutsche Volksfamilie · Russland missbraucht den Fußball für die Nation! · Europas Flüchtlingspolitik: Abschiebung, Abschreckung, Sortierung · „Hilfe und Wiederaufbau für Afghanistan“: Über die Zählbarkeit eines verlogenen Titels für einen fortwährenden Weltordnungskrieg · Die taz zum deutschen Militäreinsatz in Afghanistan · ARD WELTSPiegel – Sonntagliche Spiegelfechtereien · Obama in Berlin: Ein Führer wie gemalt · Koalitionsbruch und Neuwahlen in Österreich · Qualitätsjournalismus zum Kaukasuskonflikt: DIE ZEIT hält Kriegsrat · Serbien bietet Karadzic für den Anschluss an Europa: Die EU ist begeistert über sich

Sektor des Finanzmarkts kracht und nicht nur das eine oder andere Land vor dem Bankrott steht, sondern das ganze Weltfinanzsystem zusammenzuberechnen droht, dann nur, weil die finanzkapitalistische Akkumulation, die diesem Ende vorherging, besonders groß, weil global, war.

Die Staaten retten ihr Finanzsystem

Jetzt springen Regierungen ein und hauen die bankrotten Banken heraus: Die Regierungen aller wichtigen Industrienationen stecken Milliardensummen in die insolvente Bankenwelt; die US-Regierung wendet die unvorstellbare Summe von zusammengerechnet einer Billion Dollar auf, um den laufenden Zusammenbruch ihres nationalen Kreditwesens zu stop-

→ Fortsetzung Seite 3

„Finanzsystem...“ (Fortsetzung)

pen – inzwischen sind diese Summen weltweit längst um vieles größer und immer noch unzureichend. Die Pleiten der großen Spekulanten sind offenbar keine Privatsache. Mit ihrem gewaltigen Einsatz bekennen die Staaten, dass eine funktionierende Spekulationsbranche das Lebenselixier ihrer Wirtschaft und ihrer eigenen Finanzen ist. Zahlungsfähigkeit – sowohl für die nötigen Investitionen der nationalen Wirtschaft wie für den Bedarf des Staatshaushalts – im Prinzip unbegrenzt, allein durch die Benutzung des Vertrauens in die Kreditmacht

GEGENSTANDPUNKT im Radio:

Freies Radio für Stuttgart, Reihe „GegenStandpunkt – Kein Kommentar“; zu hören jeden Mittwoch um 18 Uhr in Stuttgart terrestrisch auf UKW 99,2 MHz und im Kabel auf 102,1 MHz sowie weltweit unter http://frs.kumbi.org:8000/frs_stereo.ogg.m3u oder http://frs.kumbi.org:8000/frs_mono.ogg.m3u. Im Web nachzulesen unter <http://www.gegenstandpunkt.freies-radio.de>

der Geldhäuser mobilisieren zu können, das ist die entscheidende ökonomische Potenz einer Nation in der kapitalistischen Welt. Am Grad, in dem sie über diese Potenz verfügen, unterscheiden sich die Staaten; solche, die diese Kreditmacht nicht bei sich versammeln können, bleiben auf ewig arm und ohnmächtig – solche, die sie verlieren, werden es schnell.

Ihren überragend wichtigen Dienst leisten die Finanzkapitalisten ihrem Vaterland um so besser, zu je mehr Freiheiten es sie in ihrer spekulativen und an gar keinem Dienst orientierten Vermehrung ihrer Bankprofite, ihrer Schuld- und Vermögenstitel ermächtigt hat. Deshalb sind die Vorwürfe der Politiker an die „Zocker und Spekulanten“ in den Finanzagenturen so unehrlich: Die jeweiligen Regierungen selbst haben ihnen jahrzehntelang immer größere Freiheiten eingeräumt, um Wachstum und Ertrag des Finanzsektors zu steigern. Wenn die Spekulation der großen Geldhäuser platzt, dann ist für deren Rettung

kein Opfer an staatlichen Geldmitteln zu schade: Der Staat „versichert“ alles, wirft seine eigene Kreditwürdigkeit ins Feuer, belastet den zukünftigen Staatshaushalt und gefährdet die Währung. Darüber wird das ganze Volk in Haftung genommen: Der Dienst der Geldkapitalisten am Gemeinwesen besteht in ihrer Bereicherung. Damit die klappt, muss das Arbeitsvolk nicht nur in der Realwirtschaft seinen Dienst tun und billig Leistung abliefern. Führt das Aufbliegen der Finanzspekulation zum Kollaps, bekommt das Volk darüber hinaus die inflationären Wirkungen der Milliardensummen zu spüren, die der Staat für die Rettung des Kreditsystems in Umlauf bringt.

Das ist für den Reichtum kapitalistischer Nationen unerlässlich: Das Geldkapital verkörpert gegenüber den vielen Kapitalen in Handel und Industrie das Kapital als solches. Sein Geschäft, Geldeigentum ohne jeden Zwischenschritt zur Quelle von mehr Eigentum zu machen, muss gelingen, damit alle anderen Geschäfte gelingen können. Von der spekulativen Bereicherung der Finanzmagnaten ist das gesamte Wirtschaftsleben des Landes abhängig gemacht, auch Arbeit und Lohn der eigentumslosen Masse.

Wer diesen Wahnsinn nicht angreifen will, sollte auch nicht darüber schimpfen, dass der Staat bei der Not der Armen jeden Euro spart, für Banken in Not aber die für die Rettung des Finanzsystems nötigen drei- bis vierstelligen Milliardenbeträge springen lässt.

(Analyse des GEGENSTANDPUNKT-Verlags in Radio Lora München vom 6.+13. Oktober 2008
GEGENSTANDPUNKT – KEIN KOMMENTAR im Freien Radio für Stuttgart vom 8.+15. Oktober 2008)

Lesetipp:

Mehr über das Thema „Finanzkapital“ (Teil I: Die Basis des Kreditsystems: Von der Kunst des Geldverleihens) steht im soeben erschienenen GegenStandpunkt 3-08. Dort ist im Artikel „Anmerkungen zur Krise '08“ auch das Wichtigste über die aktuelle Finanzkrise nachzulesen. ◆

Der Krieg im Südkaukasus und seine Folgen: Russland betätigt sich als Ordnungsmacht und stellt damit die NATO-Weltordnung in Frage

Der Grenzkonflikt in Georgien ...

Die eigentümliche Konfliktlage zwischen Georgien und Russland ist ein Produkt der Staatsgründungskriege nach der Selbstauflösung der Sowjetunion Anfang der 90er Jahre. Die neuen Führer in den ehemaligen Kaukasusrepubliken – und auch in anderen Landesteilen der ehemaligen Sowjetunion – sahen ihre erste Aufgabe darin, ihren „staatstragenden“ Völkern ein Stück souveräne Staatsmacht zu erkämpfen, ohne Rücksicht auf die Opfer, die ein kriegerischer Start in die Eigenstaatlichkeit nun einmal fordert. Der erste georgische Präsident beseitigte unter der Parole „Georgien den Georgiern!“ die Autonomie von Osseten und Abchasen, die ihrerseits auf Unabhängigkeit pochten. Die nachfolgenden Bürgerkriege beendete Russland – damals übrigens im Einvernehmen mit der westlichen Seite. Seitdem steht in der Region eine vom UN-Sicherheitsrat gebilligte UN-Friedenstruppe, die sich aus Osseten, Georgiern und Russen zusammensetzt, zwischen den Streitparteien. Eine „politische Lösung“ des Konflikts, die mit Unterstützung der OSZE-Mission in Tiflis, erarbeitet werden soll, kommt wegen der Unvereinbarkeit der Positionen seit 15 Jahren nicht zustande. Die Austragung des Konflikts ist unterbunden, ohne dass er selbst aus der Welt geschafft wäre.

... wird im 5-Tage-Krieg entschieden

Mit dem 5-Tage-Krieg und der russischen Anerkennung der beiden Provinzen als souveräne Staaten sind all diese Konstruktionen und mit ihnen die Fiktion einer einvernehmlichen

Lösung dieses „eingefrorenen Konflikts“ dahin. Anfang August sah der georgische Staatschef den Zeitpunkt gekommen, sein Wiedervereinigungsprogramm voranzubringen und die abtrünnige Republik Südossetien gewaltsam heimzuholen. Dass ihm dabei mit Russland ein übermächtiger Gegner im Weg steht, der sich als Schutzmacht Ossetiens versteht, den größten Teil der dortigen Bevölkerung mit russischen Pässen ausgestattet hat und mit einigen Hundert Mann in der gemischten Friedenstruppe präsent ist – das weiß keiner besser als Saakaschwili selbst. Er eröffnete den Krieg im Bewusstsein der Rückendeckung durch die USA und ihren Nato-Anhang, nahm eine Eskalation der lokalen Auseinandersetzung zu einem Konflikt der Großmächte nicht nur in Kauf, sondern setzte geradezu auf sie. Das russische Kontingent in der Friedenstruppe wurde demonstrativ beschossen und dezimiert, die Hauptstadt der Südosseten Zchinwali ebenso demonstrativ in Schutt und Asche gelegt. Für die Rückgewinnung des Kommandos über einen abgefallenen Landesteil führte Saakaschwili seine Nation in einen Großkonflikt: Ein militärischer Gegenschlag würde Russland mit den USA in Kollision bringen, die Georgien zu ihrem Brückenkopf ausgebaut haben. Russland sollte vor die Frage gestellt werden, ob es Georgien gewähren lässt, oder ob ihm die Wahrung seiner Interessen im Südkaukasus im Zweifel eine direkte Konfrontation mit dem Westen wert ist.

Dieser Herausforderung trat Russland als die militärische Großmacht entgegen, die es ist: Die georgischen Truppen wurden binnen kurzem zurückgeschlagen, der Kriegsschau-

platz sofort auf die zweite Separatistenrepublik Abchasien und das georgische Kernland ausgeweitet, die militärische Infrastruktur und das Waffenarsenal Georgiens großflächig zerstört. Strategisch wichtige Teile Georgiens blieben bis auf Weiteres besetzt und mit dem von Russland selbst beschlossenen Rückzug auf die Stellungen vor dem Krieg ließen die Russen sich demonstrativ viel Zeit.

Russland meldet sich als Weltmacht zurück

Russland beansprucht erkennbar Respekt als Ordnungsmacht in der Region und kopierte für die Untermauerung dieses Anspruchs das Vorgehen der USA auf dem Balkan bis ins Detail: von der Demonstration absoluter militärischer Überlegenheit per „shock & awe“: – auch Russland stieg mit seiner Luftwaffe in den Krieg ein und bombardierte den Flughafen von Tiflis, um die Georgier mürbe zu machen – bis hin zur Inszenierung des Kriegs als Erfüllung eines höheren menschenrechtlichen Auftrags. Russland, so wurde verlautbart, erklärt seinem Nachbarn nicht den Krieg, es erfüllt höhere Pflichten: Pflichten zum Schutz seiner Bevölkerung, Pflichten als Garantiemacht für die Einhaltung der Friedensordnung im Kaukasus,



Pflichten zur Vermeidung einer „humanitären Katastrophe“, eines „Genozids“ und anderer Kriegsverbrechen.

Auf der Grundlage, dass jetzt einmal er Fakten geschaffen hat, die der Westen zur Kenntnis zu nehmen hat, forderte der neue russische Präsident Medwedew Respekt vor russischen Interessen und Rechten im Kaukasus, eben den Respekt, auf den die andere Seite ganz automatisch Anspruch erhebt. Demonstrativ regelt Russland den Fall aus eigener Machtvollkommenheit. Medwedew verkündete sein „mission accomplished“ nicht in und nach Verhandlungen mit der EU, und Außenminister Lawrow bestand darauf, dass Bushs Aufforderung zur Beendigung der Kampfhandlungen nicht die geringste Rolle gespielt habe.

Mit seiner Intervention in Georgien hat Russland nicht bloß dort die Verhältnisse aufgemischt, sondern tatsächlich eine neue Weltlage geschaffen. Es hat praktisch, mit einem erfolgreichen Blitzkrieg, Einspruch eingelegt gegen eine amerikanisch-europäische Weltpolitik, die mit einem noch viel größeren Auf-

Kritik und Anregungen an:
redaktion@versus-tuebingen.de

gebot an militärischer Gewalt ihre Alleinständigkeit für den Geschäftsverkehr und die Gewaltverhältnisse zwischen und in den anderen Staaten durchsetzt und dafür auch noch allgemeine Anerkennung verlangt. Und damit hat Russland eben „die Lage“ verändert. Die Beschlagnahme der Kaukasus-Region und Asiens durch die USA und die EU zu Lasten Russlands geht nicht mehr so weiter, jedenfalls nicht mehr so billig wie bisher. Jetzt, nachdem Russland mit seinen Fliegern und Panzern auch einmal zugeschlagen und an einer heiklen Stelle einen Strich durch die westliche Rechnung gemacht hat, funktioniert der Anspruch des Westens, allein zuständig in Sachen Imperialismus und Weltordnung zu sein, nicht mehr. Und genau das ist von der russischen Regierung auch genau so gewollt: Russland mischt nicht nur einen großenwahnigen georgischen Präsidenten auf, es mischt sich als autonom agierende Weltmacht wieder in

das Weltgeschehen ein, das die „freie Welt“ so lange zu ihrer Domäne gemacht hat.

Die USA verlangen Russlands Unterordnung

Deshalb stiegen USA auf einer Ebene in die Auseinandersetzung um den militärischen Schlagabtausch in Georgien ein, die das Hin und Her um Schuld, Gründe und Rechtfertigungen, den Schacher um Kompromisse usw. entschieden hinter sich lässt:

„[Abchasien und Südossetien] sind Teil Georgiens, und die internationale Gemeinschaft hat wiederholt klargemacht, dass sie das auch bleiben. [...] Darüber gibt es nichts zu diskutieren.“

Bush erklärte die durch das russische Eingreifen geschaffene Lage kurzerhand für ungültig und verbat sich jeden Einspruch. Für ihn liegen die Dinge hier genau umgekehrt wie vor kurzem im Kosovo: im Gegensatz zu Serbien beim Kosovo, hat Georgien das absolute Recht, eine Abspaltung der beiden Provinzen zu verhindern, weil ein Freund der USA nicht geschwächt werden darf und eine russische Mitsprache in einem Freundland nicht zu ak-

zeptieren ist. Also soll Russland sich gefälligst danach richten.

„Unglücklicherweise neigte Russland dazu, die Ausdehnung von Freiheit und Demokratie als Bedrohung seiner Interessen zu sehen. Das Gegenteil ist wahr: Freie und aufblühende Gesellschaften an den russischen Grenzen bringen die Interessen Russlands voran, indem sie als Quellen von Stabilität und wirtschaftlichen Möglichkeiten dienen.“

Aus amerikanischer Sicht hat Russland die Grundregeln für das Zusammenleben der Völker verletzt. Diese Grundregeln enthalten anscheinend das Recht, „die Ausdehnung von Freiheit und Demokratie“ zu betreiben, also lauter bunte Revolutionen in die unmittelbare russische Nachbarschaft zu exportieren, Satellitenstaaten mit Raketenabwehr und Spionageeinrichtungen rund um Russland einzurichten – kurz: aus der russischen Einflussphäre unmittelbar an seinen Landesgrenzen eine amerikanische zu machen und die russische Position auf der ganzen Linie zu schwächen. Russische Interessenpolitik ist für Bush in diesen Grundregeln für das Zusammenleben der Völker nicht vorgesehen. Der Kreml soll die militärisch ausgestatteten und politisch ins westliche Lager eingemeindeten US-Geschöpfe an seinen Grenzen einfach mit amerikanischen Augen sehen, also als das genaue Gegenteil von dem, was sie sind – „als Quellen von Stabilität und wirtschaftlichen Möglichkeiten“ für Russland.

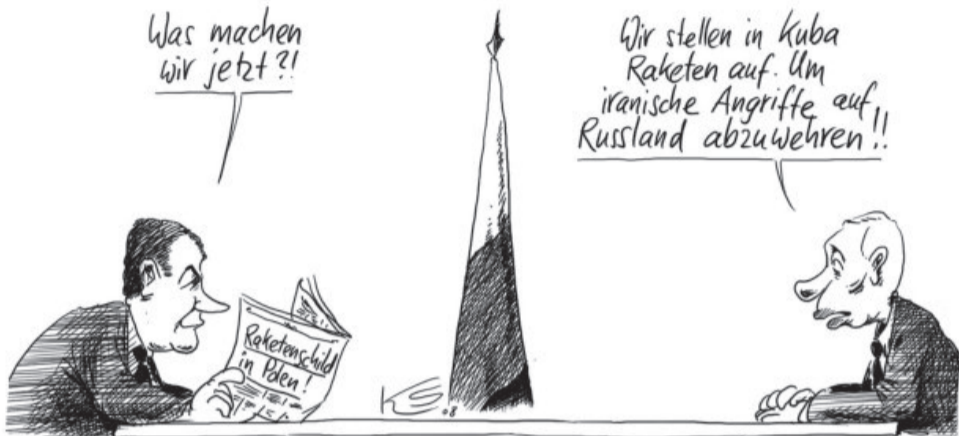
„Tyrannisieren und Einschüchtern sind unakzeptable Wege für eine Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Russland allein kann entscheiden, ob es auf den Pfad der verantwortlichen Nationen zurückkehrt oder ob es eine Politik fortsetzt, die nur Konfrontation und Isolation verheißt.“ (Bush, 13.8.08)

Es klingt wie ein absurder Witz, wenn der Oberkommandeur des weltweiten „War on Terror“ sich gegen „Einschüchtern“ als Mittel der Politik wendet, ist aber bitterernst gemeint: Russland steht dergleichen einfach nicht zu. Es

„Kaukasus...“ (Fortsetzung)

soll auf weltpolitische Interessen und Absichten gefälligst verzichten und sich friedlich und kooperativ einfügen in die von den USA kontrollierte Staatenwelt, sonst muss es mit allem rechnen: Angekündigt wird die Ausgrenzung aus dem Kreis der „verantwortlichen Nationen“ und eine Politik der „Konfrontation und Isolation“, von der es nicht weit ist bis zu einer Behandlung als offener Feind.

Das ist der erste Teil der amerikanischen Antwort auf die russische Forderung nach Respektierung seiner Interessen im Kauka-



sus: Russland muss die territoriale Integrität Georgiens anerkennen und sich wieder zurückziehen. Ein Auftreten als Ordnungsmacht in der Region steht ihm nicht zu. Es hat einen antirussischen Staat an seiner Südgrenze hinzunehmen. Schließlich hat man Georgien nicht umsonst aus dem Einflussbereich Russlands herausgelöst, die russischen Militärbasen im Land liquidiert und den Kaukasusstaat in einen verlässlichen Partner bei der Einkreisung Russlands umgedreht. Mit dem „befreiten“ Georgien verfügen die USA über einen eigenen militärischen Brückenkopf im Kaukasus, brauchbar auch für ein Stück Front in Richtung Iran und Naher Osten; über ein antirussisches Transitland für zentralasiatische Energie; über eine nationale Hilfstruppe für alle Aufgaben in der Region.

Als Vollzugsbeauftragter für diese Aufgaben ist Saakaschwili per Rosen-Revolution installiert worden. Seit seiner Amtsübernahme wurde in Form von Hilfe für ein „aufblühendes, demokratisches Georgien“ die Einrichtung eines amerikanischen Militärstützpunkts und strategischen Vasallenstaats abgewickelt. Das nächste Ziel ist auch bekannt, weil umstritten: die Überführung des US-Postens in EU- und Nato-Zuständigkeit, also definitiv in westlichen Besitz. Für diesen Dienst an Amerika wurde Saakaschwili mit Waffen und einer modernisierten Armee ausgestattet, mit sehr viel internationaler Anerkennung bedacht und mit etlichen Weltbank-Krediten versorgt. Und weil es prächtig in das amerikanische Programm der Einhegung und Schwächung Russlands hineinpasste, unterschrieb Bush seinem Saakaschwili den internationalen Rechtstitel auf „territoriale Integrität“. Den georgischen Revanchismus hat das erst richtig scharf und für Russland unhandhabbar gemacht. Dass dieser Revanchismus, ausgestattet mit militärischen Mitteln und höherer Berechtigung, Russland auch einmal praktisch auf die Probe stellt, dürfte zumindest im Pentagon niemanden überrascht haben, bringt aber die Erfolgsfrage aufs Tapet.

Amerika will Russland die Quellen seiner Macht entziehen ...

Seit die KPdSU in Russland den Kommunismus abgeschafft hat, zielt die Politik der USA auf die Eindämmung, Verkleinerung und funktionelle Einordnung des noch immer viel zu großen und zu mächtigen Landes. Erreicht wurde da einiges: EU und Nato haben die Ex-Partner Russlands inzwischen eingemeindet; Russlands „nahes Ausland“ (die ehemaligen Sowjetrepubliken) ist zum großen Teil Einflusszone der USA geworden. Beim Rest der GUS-Welt kann außer bei Weißrussland von verlässlichen, russlandfreundlichen Staaten keine Rede sein. Die Versuche Russlands, in

die „Konfliktregelung“ weltweit einzugreifen, sind beiseite gewischt worden wie in Jugoslawien, Afghanistan und dem Irak. Und unter der ersten russischen Präsidentschaft von Jelzin galt für eine Weile, dass Russland für ganz viel formellen Respekt und Freundschaft die praktische Missachtung seiner Interessen hinnimmt.

Das ist vorbei: Die russische Führung seit Putin macht sich über die ihr angetragene „Partnerschaft“ nichts mehr vor und lässt ihre Gegner das auch wissen: Man brauche keine Partner, die Einkreisungspolitik gegen Russland betreiben und verfüge durchaus (wie-

der) über die ökonomischen und militärischen Mittel, sich dem entgegenzustellen. Mit dem Krieg gegen Georgien beendet Russland mit Waffengewalt den Test, wie viel es sich von einer US-Kreatur in seinem unmittelbaren Einflussbereich gefallen lassen muss, und setzt den USA eine Schranke.

Dass Russland dazu willens und fähig ist, liefert der US-Regierung den Beweis, dass diese Nation ihre Lektion nicht gelernt, dass Amerika ihr viel zu viel erlaubt hat. Der US-Verteidigungsminister kündigt an, das Verhältnis zu Russland auf allen Ebenen neu zu bestimmen. Für Gates ist ein Erziehungsprogramm gescheitert: Man hat sich die größte Mühe gegeben, den Feind von gestern zu resozialisieren, ihm seinen Platz anzuweisen in der internationalen Gemeinschaft – und nun das. Russland ist nicht „auf dem Weg“. Die Führer der Weltmacht gehen mit der größten Selbstverständlichkeit davon aus, dass das Mitmachen in der „internationalen Gemeinschaft“ erstens eine Frage ihrer Erlaubnis ist, deswegen zweitens ganz automatisch die Pflicht enthält, sich als im amerikanischen Sinne funktionaler Teil dieser „Gemeinschaft“ aufzuführen, so dass drittens die Diagnose feststeht, wenn ein Staat wie Russland den „Pfad der verantwortlichen Nationen verlässt“. Er hat die amerikanische Lizenz missbraucht, also verwirrt. Auf dem Programm steht deshalb die noch entscheidendere Fortsetzung der Eindämmungs-Politik, gegen die sich Russland in Georgien erstmals militant zur Wehr setzt. Auf die in der Öffentlichkeit aufgeworfene Frage, ob nicht eine militärische „Antwort“ der USA angebracht wäre, antwortet Gates mit einem sehr doppeldeutigen Dementi:

„Es gebe schlicht und einfach ‚keinerlei Aussicht für den Gebrauch militärischer Gewalt durch die Vereinigten Staaten in dieser Lage‘.“ (Gates, SZ, 16./17.8.)

Man hat also im Pentagon über Krieg nachgedacht, zieht ihn jedoch nach Abwägung aller Umstände *derzeit* nicht in Erwägung. Aber dass Russland die Quellen seiner Macht bestritten werden müssen, steht fest. Weitere Schritte in diese Richtung werden erfolgreich abgewickelt: Der amerikanische Handel mit Polen um die Bedingungen für die Stationierung der Raketenabwehr, die sich bekanntlich „nicht gegen Russland richtet“, wird erfolgreich abgeschlossen. Die USA erhalten die gewünschte Basis, Polen wird massiv aufgerüstet, obendrein bekommt es eine ausdrückliche Beistandsgarantie der USA im Konfliktfall. Die Ukraine eskaliert ihren Streit mit Russland über die Stationierung der Schwarzmeerflotte auf der Krim und dient sich den USA als zusätzlicher Stationierungsort für ihre Raketenabwehr an. Für den weiteren Umgang

mit Russland hat die amerikanische Führung einige Schritte teils bereits beschlossen, teils geplant, die die Austragung des Gegensatzes ungeschminkt auf die Tagesordnung setzen: Jede Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen der Nato wird eingefroren; die Auflösung des Nato-Russland-Rats wird erwogen; Russland soll aus der G8 ausgeschlossen werden; der russische Beitritt zu WTO und OECD wird in Frage gestellt; das russisch-amerikanische Abkommen über die Nutzung der Atomkraft wird suspendiert. Und dass unter den gegebenen Umständen ein Boykott der Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi ansteht, versteht sich von selbst.

... und spaltet darüber Europa

Dieses US-Kampfprogramm beeinträchtigt die Sonderbeziehungen des „Alten Europa“ zu seinem großen Nachbarn. Für den Aufstieg der EU zur Weltmacht haben die westeuropäischen Führungsnationen Russland fest eingeplant – als Rohstoffreservoir, als Anlagensphäre und als wichtige Größe im Ringen mit den USA um die Herrschaft auf dem Globus. Diese nützlichen Beziehungen, die das „alte Europa“ für sein imperialistisches Projekt will und braucht, stehen auf dem Spiel, wenn die USA die Isolation Russlands auf die Tagesordnung setzen und ihre Verbündeten zur Linientreue drängen. Und nicht nur das: Die amerikanische Forderung nach Gleichschaltung spaltet das europäische Projekt so klar wie nie in

zwei Lager mit unvereinbaren strategischen Interessen. Dem berechnenden Umgang der „Alteuropäer“ mit Russland steht der Großteil der Neumitglieder in Nato und EU feindlich gegenüber. Zusammen mit den USA und Großbritannien bilden sie eine Koalition der Willigen und betätigen sich als antieuropäische und antirussische Scharfmacher. Der estnische Präsident wirft – ganz Sprachrohr seines Mentors Bush – der „russophilen Koalition in der EU“ vor, sie habe „gute Geschäftsbeziehungen über europäische Werte wie Menschenrechte, Demokratie usw.“ gestellt, sie habe Russland mit ihrem Veto gegen die Nato-Aufnahme Georgiens grünes Licht für den Einmarsch gegeben, und verlangt, dass Frankreich und Deutschland auf eine harte antirussische Linie einschwenken. (RFE/RL, 14.8.) Das alte Euro-Lager wird offen bezichtigt – und das sind schon neue Umgangsformen in der EU –, für vorteilhafte Geschäfte dem Kreml die Quellen seiner neuen Macht erschlossen zu haben. Das „Alte Europa“ wird also nicht nur von den USA, sondern von Staaten, die es seinem eigenen Einflussbereich zu-rechnet, aufgefordert, sich an der Eindämmung und Isolierung des russischen „Neo-Imperialisten“ zu beteiligen und dafür seine „Sonderbeziehungen“ zu opfern.

Von Russland wird den Führungsmächten der EU deutlich gemacht, dass sie sich entscheiden müssen zwischen einer strategischen und Energiepartnerschaft mit Russland und der unnachgiebigen Linie, die die USA mit ihrem Vorzugspartner Großbritannien und ihren willigen Helfern in Osteuropa verfolgen. Und nachdem die Regierung in Washington das Scheitern ihrer Bemühungen um eine weltpolitische Resozialisierung Moskaus verkündet, kontert der russische Präsident mit einer Grundsatzklärung: Sein Land wolle keinen Kalten Krieg, fürchte ihn aber auch nicht – eine denkbar klare Ansage, dass die Nation entschlossen ist, westlichen Forderungen und Erpressungen nicht nachzugeben und in dem Fall, dass die Nato sich zu verschärfter Konfrontation entschließt, jeden Eskalationsschritt mitzugehen: Die Zeiten der Nachgiebigkeit sind vorbei!

Mit diesem Dilemma schlägt sich die „russophile“ Fraktion in der EU, Deutschland und Frankreich herum: Sie suchen nach einem Weg, den Ruin der Beziehungen zu Russland zu verhindern, ohne den offenen Gegensatz zu den USA und ihren neuen Satelliten in EU und Nato heraufzubeschwören. Heraus kommt eine Politik, die sich der Kampflinie der USA und ihrer Freunde *formell* anschließt, dies aber irgendwie noch zu kombinieren sucht mit einer Anerkennung auch der russischen Position. Keine Verurteilung Moskaus wird ausgesprochen, der nicht die Versicherung folgt, man sei und bleibe gesprächsbereit und gegen die Isolation Russlands. Merkel und Sarkozy wollen die Konfrontation in einen Streit um Bedingungen verwandeln, die Russland erfüllen muss, aber auch erfüllen *kann*, damit sich die Lage so weit entspannt, dass die Europäer mit ihren „Beiträgen zur Stabilisierung der Region“ (Steinmeier) überhaupt wieder eine Chance bekommen. Dazu verschieben sie die amerikanische Betonung in der Verurteilung Russlands: Die USA sagen: Weil Russland unverhältnismäßige Gewalt angewendet hat, müssen ihm die Mittel für seine Gewaltpolitik entzogen werden. Das „Alte Europa formuliert daraus lieber eine Bedingung: Wenn Russland sich weiterhin nicht an die Gebote des internationalen Rechts hält, werden womöglich Sanktionen unausweichlich. So bliebe der Einstieg in einen Verhandlungs- und Vermittlungsprozess offen, in dem über die Verhältnismäßigkeit der Gewaltanwendung gestritten, ein Ka-

Jour fixe in Tübingen, Freiburg und Stuttgart

Wer Interesse bekommen hat, sich mit unseren Argumenten näher auseinanderzusetzen, der ist eingeladen, an einem der wöchentlichen Diskussionstermine teilzunehmen:

Tübingen:

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19 Uhr in der Wilhelmstr. 26 (gegenüber der Neuen Aula, Eingang Tiefparterre Nähe Schranke)

Freiburg:

Jour fixe zu aktuellen Themen im Konf-Raum u-asta-Gebäude, Belfortstr. 24; Termine unter: <http://www.ideologiekritik.net>

Stuttgart:

Diskussionstermine donnerstags um 19.30 Uhr im Foyer des Alten Feuerwehrhauses (Stgt.-Süd, Möhringer Str. 56) genaue Termine und Themen in: <http://www.gegenstandpunkt-s.de/disk-s.htm>

talog von Bedingungen für die Beilegung des Konflikts fixiert und irgendwann die Rückkehr zur „Normalität“ angetreten werden kann.

Angesichts dessen, dass die Bremswirkung dieser Politik auf den amerikanischen Konfrontationskurs bislang ausbleibt und vor allem dem deutschen Kalkül mit Russland unabsehbare Schäden drohen, kommt neben den scharfmacherischen Tönen, die nach Härte und Sanktionen gegen Moskau rufen, immer mehr der ums nationale Wohl besorgte Ruf nach mehr Distanz zur Führungsmacht auf. Deutsche Politiker, Ex-Generäle und führende Wirtschaftsvertreter warnen vor den Wirkungen von zu viel US-Gefolgschaftstreue, raten zur Mäßigung im Umgang mit Russland und fordern ihre Führung auf, den guten Geschäftspartner im Osten „weiterhin in internationale Strukturen einzubinden“. Da wird Frau Merkel künftig viel zu tun haben.

(Analyse des GEGENSTANDPUNKT-Verlags in Radio Lora München vom 15.+24. September 2008 GEGENSTANDPUNKT – KEIN KOMMENTAR im Freien Radio für Stuttgart vom 24. September 2008)

Lesetipp:

Mehr über dieses Thema steht im Artikel „Konflikt im Südkaukasus – Russland auf dem Weg in die ‚Selbstisolation‘“ in GegenStandpunkt 3-08